

Wie stoppt man Strauß? Genügt es, das „kleinere Übel“ SPD zu wählen?



Wie stoppt man Strauß? Genügt es, das „kleinere Übel“ SPD zu wählen?

Volland an Staeck, Staeck an Volland, Stütz: „Zwischenruf“



Ernst Volland

Am 22. Dezember 1979 veröffentlichte die UZ an dieser Stelle große Teile eines „offenen Briefes an Klaus Staeck“ von dem Grafiker und Karikaturisten Ernst Volland. Volland begründete in seinem Brief, weshalb er nicht bereit ist, die von Staeck initiierte SPD-Wahlinitiative „Freiheit statt Strauß“ zu unterstützen: Weil er in der Politik der SPD-Spitze keine Alternative zu Strauß sieht und nicht bereit ist, wie

Staeck sich „halt wieder einmal nur fürs ‚kleinere‘ Übel stark“ zu machen.

Darauf schickte uns der Grafiker Klaus Staeck eine öffentliche Antwort an Ernst Volland, die wir hier im Wortlaut abdrucken.

Hannes Stütz, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, schrieb zu dem Brief Staecks einen „Zwischenruf“, den wir hier ebenfalls wiedergeben.

Um Strauß zu stoppen, braucht es gemeinsame öffentliche Aktionen gegen rechts — das erkennen immer mehr Demokraten unseres Landes. Unser Bild zeigt eine Anti-Strauß-Aktion der Wandsbeker SDAJ Mitte Januar am Markt in Hamburg. Foto: Meyborg



Klaus Staeck, Grafiker

„Welche Erwartungen von der SPD nicht erfüllt wurden ... trotzdem stehen wir“

Mein lieber Ernst Volland, auch wenn ich glaube, daß wir eigentlich zu wenige sind, um uns den Luxus leisten zu können, einander offe-

nehmend sehr große Schwierigkeiten in der Verbreitung unserer Arbeiten, wir sehen in einer Kanzlerschaft Strauß eine existentielle Bedrohung dieser Arbeit. Vor allem (Du



Glaubst Du im Ernst, lieber Ernst, daß Du mir und den bisher etwa 2000 Gewerkschaftlern, die sich unserer Initiative bisher angeschlossen haben, erst klarmachen müß-

nicht bereit, aus Enttäuschung, aus Verbitterung oder welchen Gründen auch immer, dem Rückfall Vorschub zu leisten. Denn das ist es, was hier zur Diskussion steht. Mehr als

chung auch die sich in der USPD damals irgendwelche Okkel flüchteten wieder um Standhalten, hier das ist etwas an Abwägung zwischen und kleinerem genau deshalb haben viele, in diesen Mängel werden oder mindestens Sache ist sehr ernst, weil Stim Mannen schon e Fuß in der Tur

Klaus Staeck, Grafiker

**„Welche Erwartungen von der SPD nicht erfüllt wurden ...
trotzdem stehen wir“**

Mein lieber Ernst Volland,

auch wenn ich glaube, daß wir eigentlich zu wenige sind, um uns den Luxus leisten zu können, einander offene Briefe zu schreiben, will ich Dir in der Öffentlichkeit antworten. Dabei unterstelle ich, daß es Dir wirklich um die Sache geht und nicht um eine unter Künstlern übliche Selbstdarstellung, womit wir unsere Umwelt oft bis zum Überdruß langweilen.

Ich bin froh, daß ich auf diesem Wege versuchen kann, ein paar Mißverständnisse auszuräumen, die bei Dir über unsere Initiative „Freiheit statt Strauß“ vorliegen. Wichtiger ist aber noch, daß Du in Deinem Brief viele Gemeinsamkeiten zwischen uns festgestellt hast, die es wert sind, noch einmal festgehalten zu werden: Wir haben beide zunehmend sehr große Schwierigkeiten in der Verbreitung unserer Arbeiten, wir sehen in einer Kanzlerschaft Strauß‘ eine existenzielle Bedrohung dieser Arbeit. Vor allem (Du schreibst es selbst): Wir sind beide keine Grüne. Ich hoffe sehr, daß Du Deine Absage an die Grünen nicht allzu bald bereust, da in bewegten Zeiten wie diesen ja so mancher unserer lieben Freunde der charmanten Einladung der neuen Bewegung zu erliegen droht. Denn es wird noch wichtiger werden, daß wir uns von niemandem auseinanderdividieren lassen. In allen Auseinandersetzungen mit der Reaktion wirst Du mich immer an Deiner Seite finden. Ich zähle ebenso auf Dich.

Zwischen den Zeilen lese ich, daß Dir als Alternative zu Strauß auch nur die SPD einfällt. Dich stört allerdings eine Art „Blauäugigkeit“, mit der wir diese Partei im Wahlkampf unterstützen sollen, um den Blackout Strauß zu verhindern.

Hier irrst Du spätestens: Glaubst Du im Ernst, lieber Ernst, daß Du mir und den bisher etwa 2000 Gewerkschaftern, die sich unserer Initiative bisher angeschlossen haben, erst klarmachen müßtest, welche Erwartungen von der SPD bisher nicht erfüllt wurden, welche Verzagtheit, Ängstlichkeit und gelegentliche Kleinkariertheit es gerade auch bei dieser Partei zu bekämpfen und zu überwinden gilt. Wenn wir trotzdem „stehen“, dann doch gewiß nicht aus purer Lust oder dumpfem

Mitläufertum. Und der komfortabelste Weg ist das auf keinen Fall. Sondern wir wollen eigene Positionen formulieren und durchsetzen. Jeder weiß: Wir sind kein Jubelverein für die Regierung und auch keine Wasserträger. Wir halten aber auch nichts von der bis zur Leerformel heruntergekommenen Kleineres-Übel-Theorie. Wir sind nicht bereit, aus Enttäuschung, aus Verbitterung oder welchen Gründen auch immer, dem Rückfall Vorschub zu leisten. Denn das ist es, was zur Diskussion steht. Mehr als ein Übel. Diesen Luxus können sich nur jene leisten, die jeden Glauben an die Veränderbarkeit der Gesellschaft aufgegeben (oder in Splittergruppen dezimieren) oder von einem Strauß-Regime ganz einfach auch nichts zu befürchten haben.

Die Sozialdemokratie hat eine lange Geschichte, die auch dunkle Punkte enthält. Aber sie hat wenigstens eine Geschichte. Ihre wichtigste historische Erfahrung in diesem Zusammenhang: Schuld durch Schwäche. Schwach waren freilich nur jene, die damals die Kriegskredite unterstützten oder heute den Paragraphen 88a StGB, Schwächung auch durch jene, die sich in der Gründung der USPD damals oder heute in irgendwelche Offenbacher Zirkel flüchteten. Es geht mal wieder um Flüchten oder Standhalten, lieber Ernst, und das ist etwas anderes als eine Abwägung zwischen größerem und kleinerem Übel. Und genau deshalb bleibe ich, bleiben viele, in dem Haus, dessen Mängel wir nur so abstellen oder mindern können. Die Sache ist schon deshalb so ernst, weil Strauß und seine Mannen schon mehr als einen Fuß in der Tür haben. In dieser Situation dürfen wir uns nicht den kleinsten Fehler leisten. In der Vergangenheit waren immer noch die Gewerkschaften, die bürgerlichen Intellektuellen und die alte Tante SPD die verlässlichsten Stützen der Demokratie. Wird nur eine herausgebrochen, gerät alles in Gefahr, wie die Erfahrung lehrt. Blauäugig ist schon deshalb gar kein Ausdruck mehr für jene Zeitgenossen, die ihr neues Heil in einer Partei suchen, die es noch gar nicht gibt. Für politische Abenteuerlust ist die kommende Bundestagswahl ein zu riskantes Übungsfeld.

Laß uns gemeinsam dafür kämpfen, daß in der größten Partei, die sich nicht schon vom Programm her dem Rückwärtsgang verschrieben hat, unsere Positionen gestärkt werden, und wir uns nicht durch Ablenkungsmanöver verzetteln. Wir werden auch in Richtung SPD nichts zudecken, nichts unter den Teppich kehren, weder vor noch nach der Wahl. Namen wie Axel Eggebrecht, Günter Wallraff, Susanne von Paczensky, Fritz Eberhard, Klaus Traube, Georg Benz, Franz Steinkühler, Claus Peymann, Charlotte Maack, Bernt Engelmann, Hanns Dieter Hüsch sollten Dir als Beweis genügen. Schon deshalb bleiben wir in kritischer Distanz, aber auch Solidarität zur Partei. Auch

deshalb habe ich auf die hypothetische Frage der Frankfurter Rundschau gesagt, daß wir es überleben werden, sollte sich die Partei (besser: einige ihrer Sprecher, denn, was ist schon die Partei) in der einen oder anderen Frage genötigt sehen sich von uns zu distanzieren. Unabhängigkeit fordert immer ihren Preis. Da wir beide für Unabhängigkeit sind, erneuere ich unsere Einladung zur Mitarbeit. Wir brauchen jeden, wenn wir Strauß verhindern wollen: Damit wir uns auch in Zukunft über den besten Weg streiten können.



UZ, 13.2.1980

Hannes Stütz, Mitglied des Parteivorstands der DKP

„Dagegen hilft doch nur, daß wir unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen“

In seiner Antwort an Ernst Volland schreibt Klaus Staeck einige Sätze, denen man nur beipflichten kann. Zum Beispiel, daß wir uns von niemandem auseinanderdividieren lassen dürfen; daß das sogar immer wichtiger wird; daß man eigene Positionen formulieren und durchsetzen muß; daß man an die Veränderbarkeit der Gesellschaft „glauben“ muß. Bravo !

Liest man jedoch Staecks Aufruf zur Initiative „Freiheit statt Strauß“ bleibt das Bravo auf halbem Wege stecken. Dort heißt es beispielsweise: „Der ursprünglich vorgesehene Name „Stoppt Strauß“ wurde wieder fallengelassen, da der Name schon von anderen Gruppen besetzt ist und für eine Vorstellung von Aktionseinheit steht, mit der Strauß nicht verhindert werden kann.“

Moment mal. Hieß das nicht eben noch: „Jeder wird gebraucht ?“ „Nicht auseinanderdividieren lassen ?“ Und die Frage drängt sich auf, für welche „Vorstellung von Aktionseinheit“ denn nun Klaus Staeck

steht. Etwa für eine mit Eintrittskarte ? Stellt er sich Aktionseinheit als eine Galaveranstaltung mit geladenen Gästen vor ?

Wäre Aktionseinheit an Parteibücher, Weltanschauungen oder gar persönliche Wahlentscheidungen bei Parlamentswahlen im Kapitalismus gebunden – es hätte sie nie gegeben. Und kein Pfennig mehr Lohn wäre erkämpft, kein Arbeitsplatz verteidigt worden. Die Forderungen nach Verbot der Aussperrung, für das Recht auf Arbeit könnte man sich an den Hut stecken. Der Rechtsentwicklung wäre der rote Teppich ausgerollt.

Trotzdem bietet Klaus Staeck als der Weisheit ersten Schluß seine Vorstellung an, vor dem Kampf gegen rechts habe das Wahlbekenntnis für seine Partei oder auch nur für einen einzelnen Mann zu stehen – von denen man ansonsten denken könne, was man wolle, sofern man sie nur wähle.

Die inhaltliche Prinzipienlosigkeit dieses Ansinnens verschafft ihm sein großzügiges Gewand. Die formale Prinzipienreiterei macht es in Wirklichkeit geeignet, die Bewegung gegen rechts zu spalten und zu kastrieren. So hilft man kräftig mit, den Wahlakt als Ritual der Machtbestätigung zu zementieren.

Und dies, obwohl im Aufruf auf den ersten Blick ein respektabler Themenkatalog angeboten wird. Doch auch hier tauchen beklemmende Fragen auf: Das Wort „Berufsverbote“ kommt nicht vor. Wem eigentlich zu Gefallen ? Das Wort „Abrüstung“ taucht in einem Halbsatz auf. Hätte es nicht gerade heute einen ganzen verdient ? Das Wort „Aussperrung“ - Fehlanzeige.

Nun könnte man zu Recht sagen, eine Wählerinitiative für die SPD – und um mehr handelt es sich bei der „Aktion für mehr Demokratie“ leider nicht – brauche nicht alle möglichen Forderungen aufzuzählen. Aber bei der Forderung nach Abrüstung geht es um unsere physische Existenz, die Berufsverbote betreffen unsere demokratische Existenz, die Aussperrung berührt unsere soziale Existenz. „Rein zufällig“ werden diese Fragen nur vage, halbherzig oder gar nicht angesprochen. An einen Zufall glaube ich nicht, weil es gerade die Bereiche sind, in denen das Versagen und das Sichversagen der Bonner Koalition gegenüber den Volksinteressen am greifbarsten wird.

Möglicherweise leidet Klaus Staeck unter seiner Partei. Möglicherweise will er sie verbessern. Der jüngst vergangene Raketenparteitag wäre dafür ein hervorragender Ort gewesen. Und der Aufruf zur „Aktion für mehr Demokratie“ nicht minder. Ob das vorsichtige Aussparen gerade der entscheidenden Aktionslösungen gegen rechts der richtige Weg

dazu ist, darf bezweifelt werden. Staecks Feststellung an Ernst Volland, Unabhängigkeit fordere immer ihren Preis, scheint mir deshalb das Problem auf den Kopf zu stellen. In Wirklichkeit wird die Abhängigkeit von der SPD ohne Ansehen ihrer Politik eingefordert. Für die Selbstentmündigung gibt es das Prinzip Hoffnung zu kaufen. Die Integrationsfähigkeit seiner Partei, auf die Willy Brandt gegenüber den eigentlich Mächtigen in diesem Lande immer wieder mit Stolz verwiesen hat, soll wieder und noch einmal funktionieren. Und Klaus Staeck ist ihr Prophet.

Deshalb darf es nicht um den Kampf gegen rechts gehen, gegen ein Programm, sondern ausschließlich gegen eine Person, dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, damit im Umkehrschluß Helmut Schmidt und die SPD-Führung im rechten alternativen Lichte erscheinen. Deshalb darf der Gedanke kaum gedacht werden, daß die große Koalition, die zur Zeit in entscheidenden Fragen inhaltlich bereits praktiziert wird, nach den Wahlen ja auch zu der entsprechenden Regierungsformation führen könnte. Wie steht Staeck mit seiner Argumentation dann erst da ? Mir klingt's schon in den Ohren, wie gut es doch ist, daß Kanzler Schmidt sein Vizekanzler Strauß in ein Konzept zwingt, oder wie gut es doch sei, daß Kanzler Strauß von seinem Vizekanzler Schmidt gemäßigt werde (oder in einer anderen Variante des Spiels: Wie gut es doch sei, daß der Umweltminister Gruhl oder Bahro und der „gesamtdeutsche“ Dinné heiße); zwar sei unter diesen Umständen in Sachen Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt nichts zu holen, worauf es jetzt aber ankäme: sich ganz auf die nächsten Wahlen zu konzentrieren und da aber dann einzig und ausschließlich usw. usf. bis zur totalen Verarsche nach US-Muster, falls sie es nicht schon heute ist.

Dagegen hilft doch nur die Wahrheit, daß keine der gegenwärtigen Bonner Parteien – bei jeder sachlich angebrachten Differenzierung – die grundlegenden Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt. Dagegen hilft doch nur die Wahrheit, daß wir unsere Interessen nicht delegieren, sondern in die eigenen Hände nehmen müssen. Oder wie es Hannes Wader und Dieter Süverkrüp in ihrem Künstlerrundbrief 1980 ausdrücken: „Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß sich nichts nach vorne bewegt, was nicht von denen bewegt wird, für die Demokratie kein Wagnis, sondern Lebensnotwendigkeit ist.“

Dieses Land braucht die außerparlamentarische Initiative seiner Bürger von der Mietenfrage bis zur Abrüstung, den Mut zur Verteidigung demokratischer Rechte gegen die Streitkräfte, wo und in welchem Gewande immer sie sich formieren, eine Bewegung unterhalb von Parteibuch, Weltanschauung oder Wahlentscheidung, die dem

Rechtsprogramm entgegentritt, das Hochrüstung, Neokolonialismus, Sozialabbau und Verfassungsbruch heißt.

Von Klaus Staeck ist bekannt, wo er nicht erst seit heute und wo er vermutlich noch länger sein Kreuzchen in der Wahlkabine machen wird – sei's drum, solange er uns das nicht als Schlüssel zur Zukunft verkaufen will und weiter seine besseren persönlichen Beiträge zum Kampf gegen rechts bringt. Damit wir nie mehr vergessen, was das ist, sollten wir die Lektionen auswendig lernen, die wir zur Zeit von den Herren Apel, Brzezinski, Carter und Dregger erhalten – als den ersten in einem Alphabet, das mit Strauß und Ziaul Haq noch lange nicht endet. Wenn die sich die Drecksarbeit der Kriegsvorbereitung teilen, müssen wir schneller lernen, uns für den Frieden über alle Unterschiede hinweg zu verbinden. Wir jedenfalls betrachten – sagen wir mal, um Mißverständnisse zu vermeiden, objektiv – Klaus Staeck in diesem Sinne als Verbündeten. Hoffentlich erschrickt er darüber nicht zu Tode.

Wir rücken auf das Jahr 2000 zu und die geschichtliche Entwicklung nimmt die Menschheit zwingend in die Pflicht, die Widersprüche zu lösen zwischen Hochrüstung und Hungertod, zwischen privater Bereicherung und massenhaftem Elend, zwischen Wissenschaftlichkeit und tiefster Unwissenheit, zwischen vandalenhafter Ausplünderung der Erde und ihren beschränkten Ressourcen, zwischen den erreichten humanitären Idealen und Ordnungen und dem Umgang mit dem Menschen als der Ware Arbeitskraft.

Ob weltweit oder in unserem nationalen Rahmen, ob man ein großes oder scheinbar kleines Problem wirklich anpackt, über kurz oder lang stößt man auf die Grundfrage: Wer soll das entscheidende Wort in der Gesellschaft sprechen, die Kräfte der Arbeit oder die des Kapitals? Immer weniger Möglichkeiten bleiben, sich um die Antwort und ihre Konsequenzen herumzumogeln. Unser Land braucht deshalb noch mehr als eine mutige Bewegung gegen rechts.

Offenbar im Gegensatz zu Klaus Staeck habe ich mein Parteibuch deshalb in der Tasche, weil die DKP nach meiner Überzeugung die Grundfrage richtig beantwortet, ein realistisches, praktikables Programm für die Bedingungen der Bundesrepublik daraus entwickelt hat und nach Kräften danach handelt. Müßte ich wie er schreiben „was ist schon die Partei“, dann würde ich es lieber gleich lassen. So aber habe ich im Interesse der arbeitenden Menschen dieses Landes allen Anlaß, für unsere Vorschläge mit meiner ganzen Person und ohne jede „kritische“ oder wie immer geartete „Distanz“ einzutreten – und dies auch bei Wahlen, wenn es darum geht, zu wägen, welche Stimme letzten Endes am schwersten wiegt gegen die Produktion und

Stationierung der neuen NATO-Raketen, gegen Aussperrung und Berufsverbote, also gegen die Rechtskräfte und Strauß, für eine nationale Politik und für die Sammlung der Kräfte, die zu der Überzeugung kommen: Wir müssen die politische Richtung und die Machtverteilung in unserem Lande grundlegend ändern, wenn wir eine Zukunft haben wollen. Es ist, dessen bin ich sicher, die Stimme für die DKP.

- - - - -

Leider ist der auslösende Text von Ernst Volland im Moment nicht aufzufinden.

-